



Merkblatt Nr. 4.5/2-06

Stand: 01. 11.2011

Ansprechpartner: Referat 68

Hinweise zu Anhang 6 zur Abwasserverordnung (Herstellung von Erfrischungsgetränken und Getränkeabfüllung)

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines	2
2	Innerbetriebliche Maßnahmen	2
3	Parameter	2
4	Art der Probe	3
5	Einschalten des Landesamtes	3

1 Allgemeines

Erlass:	22.12.1998 (2. Verordnung zur Änderung der AbwV)
Veröffentlicht:	BGBl Jahrgang 1998 Teil 1 Nr. 86, 29.12.1998, S. 3921
In Kraft getreten:	01.01.1999
Hintergrundpapier:	Herstellung von Erfrischungsgetränken und Getränkeabfüllung: „Hinweise und Erläuterungen zu Anhang 6 der Abwasserverordnung; Bundesanzeiger Verlagsges. mbH, Köln, 1994, ISBN 3-88784-546-3
Letzte Änderung:	09.07.2001 (4. Verordnung zur Änderung der AbwV; nur redaktionelle Änderungen); BGBl Jahrgang 2001 Teil 1 Nr. 35, 18.07.2001, S. 1572

In Anhang 6 zur Abwasserverordnung (AbwV) sind nur Anforderungen an das Abwasser für die Einleitungsstelle festgelegt, so dass der Anhang nur bei Direkteinleitung von Abwasser in ein Gewässer Gültigkeit besitzt.

Indirekteinleitende Hersteller von Erfrischungsgetränken und Getränkeabfüllungen unterliegen keiner Genehmigungspflicht nach § 58 WHG, sondern sind ausschließlich an die Anforderungen der örtlichen Entwässerungssatzung gebunden.

2 Innerbetriebliche Maßnahmen

Bei Herstellern von Erfrischungsgetränken und Getränkeabfüllungen sind innerbetriebliche Maßnahmen zur Geringhaltung des Schmutz- und Abwasseranfalls zu fordern. Die notwendigen innerbetrieblichen Maßnahmen sind in den "Hinweisen und Erläuterungen zu Anhang 6 der Abwasserverordnung" aufgeführt. Wesentliche Anforderungen sind als Auflagen für Betrieb und Unterhaltung im Bescheidsvorschlag festzulegen.

3 Parameter

Im Abwasser von Betrieben, die Erfrischungsgetränke herstellen und Getränke abfüllen, sind in der Regel nur die im Anhang aufgeführten Parameter zu begrenzen. Mit dem Vorkommen von Stoffen, die als gefährlich zu bewerten sind (z. B. Schwermetalle, AOX), ist im Ablauf dieser Betriebe nicht zu rechnen.

Der Abwasserabfluss ist in m³/h, m³/d und als Jahresschmutzwassermenge entsprechend dem unvermeidbaren Abwasseranfall zu begrenzen, wobei eventuell Anträge der Unternehmerin zu würdigen sind.

Die Einleittemperatur ist im allgemeinen auf 30 °C zu begrenzen; in Einzelfällen, in denen produktionsbedingt dieser Wert ohne zusätzliche technische Einrichtungen (Kühltürme) nicht einhaltbar ist, muss geprüft werden, ob vom Gewässer aus ein etwas höherer Grenzwert als 30 °C zugelassen werden kann oder ob Abkühleinrichtungen erforderlich sind.

Der zulässige pH-Bereich ist in aller Regel mit 6,5 - 9,0 zu begrenzen. Lediglich bei kleinen Abwasseranlagen, bei denen durch stärkere Algenentwicklung der pH-Wert über 9,0 ansteigt, kann auch ein pH-Wert bis etwa 9,5 zugelassen werden, sofern hierdurch eine Beeinträchtigung des Gewässers nicht zu erwarten ist.

Die Anforderungen an die organische Restbelastung (CSB und BSB₅) sind bei entsprechend aufnahmefähigen Gewässern gemäß den im Anhang genannten Werten festzulegen, sofern vom Einleiter

keine niedrigeren Werte beantragt werden. Die Einhaltung der Werte setzt eine biologische Abwasserreinigung voraus, deren Technologie im Wesentlichen der kommunalen Abwasserbehandlung entspricht. Die Entscheidung, ob strengere Anforderungen festzulegen sind, kann daher ebenso wie bei kommunalen Kläranlagen anhand des Merkblattes Nr. 4.4-22 des LfU erfolgen.

Für Phosphor, gesamt, gilt ein Überwachungswert von 2 mg/l, wenn die dem wasserrechtlichen Bescheid zugrundeliegende Rohfracht an Phosphor, gesamt, mehr als 20 kg/d beträgt. Sofern eine Phosphorelimination erforderlich ist, können dafür die bei der kommunalen Abwasserbehandlung angewandten Verfahrenstechnologien eingesetzt werden. Strengere Anforderungen für P_{ges} als 1 mg/l sind in der Regel nicht festzulegen.

Für P_{ges} gilt, dass aus abgaberechtlichen Gründen (§ 4 Abs. 1 AbwAG) auch bei Betrieben mit einer Rohfracht bis 20 kg/d ein Überwachungswert in den Bescheid aufgenommen werden muss, da dieser Parameter im Abwasser zu erwarten ist.

Sofern gewässergütewirtschaftliche Gründe dem nicht entgegenstehen, sind in diesen Fällen unter Berücksichtigung von Erklärungen der Unternehmerin bzw. den Ermittlungen des Wasserwirtschaftsamtes die mit der vorhandenen Abwasserbehandlung einhaltbaren Werte als Anforderungen festzulegen.

Die Festlegung niedrigerer Werte ist als strengere Anforderung aus gewässergütewirtschaftlicher Sicht zu begründen.

Für die Parameter $\text{NH}_4\text{-N}$ und N_{ges} sind keine Anforderungen im Anhang 6 enthalten. Nach den Erfahrungen des Landesamtes sind bei ordnungsgemäßer biologischer Abwasserbehandlung Stickstoffverbindungen im Ablauf von Erfrischungsgetränkeherstellern und Getränkeabfüllern in der Regel nicht mehr in relevanten Konzentrationen enthalten. Gegebenenfalls müssen Stickstoffverbindungen als Nährstoffe für die biologische Behandlung zudosiert werden.

Im Einzelfall ist jedoch zu prüfen, ob Überwachungswerte für die Stickstoffparameter als strengere Anforderungen oder auf Grund des Abwasserabgabengesetzes (Überschreitung der Schwellenwerte für N_{ges}) in den Bescheid aufzunehmen sind.

4 Art der Probe

Grundsätzlich sind die zu stellenden Anforderungen an die Ablaufkonzentrationen bei technischen Anlagen für die 2h-Mischprobe und für Teichanlagen für die qualifizierte Stichprobe festzusetzen.

Bei Teichanlagen, bei denen der zulässige Abfluss 500 m³/d nicht übersteigt und die für eine Aufenthaltszeit von 24 Stunden und mehr bemessen sind, sind die Anforderungen für CSB und BSB_5 in der glasfaserfiltrierten algenfreien qualifizierten Stichprobe zu begrenzen; hierbei sind jedoch um 5 mg/l niedrigere BSB_5 -Konzentrationen und um 15 mg/l niedrigere CSB-Konzentrationen als in den Anhängen genannt festzusetzen.

5 Einschalten des Landesamtes

Aufgrund der verschiedenen Produktionsverfahren innerhalb dieser Industriebranche und den unterschiedlichen gewässergütewirtschaftlichen Verhältnissen können in diesen Hinweisen nicht alle möglichen Einzelfälle berücksichtigt werden.

Insbesondere in folgenden Fällen empfiehlt es sich, das Vorgehen mit dem Landesamt abzustimmen:

- bei Anwesenheit von Stoffen im Abwasser, für die im Anhang keine Anforderungen enthalten sind (z. B. von als gefährlich zu bewertenden Stoffen),
- sofern noch niedrigere Werte als die genannten strengeren Anforderungen festgelegt werden sollen.

Ebenso steht das Landesamt in allen weiteren Zweifelsfällen beratend zur Verfügung.

Impressum:

Herausgeber:
Bayerisches Landesamt für Umwelt
Bürgermeister-Ulrich-Straße 160
86179 Augsburg

Telefon: (08 21) 90 71-0
Telefax: (08 21) 90 71-55 56
E-Mail: poststelle@lfu.bayern.de
Internet: <http://www.lfu.bayern.de>

Postanschrift:
Bayerisches Landesamt für Umwelt
86177 Augsburg

Bearbeitung:
Ref. 68
Stand:
01. November 2011

Bildnachweis: